

Industriegewerkschaft

Petra Reinbold-Knape

Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der
Bergbau, Chemie, Energie

If.E Innovationskongress

26.10.2016

Radialsystem Berlin

Politische Begrüßung

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
sehr geehrte Abgeordnete des
Deutschen Bundestages und der Landtage,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlich willkommen zum 3. Innovations-Kongress!

Seit wir dieses Forum für Träger und Macher der Energiewende 2012 ins Leben gerufen haben, nähert sich zum zweiten Mal eine Legislaturperiode ihrem Ende.

Seitdem ist energiepolitisch viel geschehen.

Aber ein Satz aus 2012 ist heute immer noch aktuell: Die Energiewende braucht eine strategische Ausrichtung, sie braucht eine klare Roadmap!

Der Energieminister Sigmar Gabriel hat daran hart gearbeitet und mit den EEG-Novellen 2014, 2016 und 2017 wesentliche Fehlsteuerungen korrigiert.

Der künftige Ausbau der erneuerbaren Energien wird kosteneffizienter stattfinden, als in der Vergangenheit.

Das kann aber nichts an bereits hohen Zahlungsverpflichtungen ändern.

Bis 2020 belaufen sich diese Zahlungsverpflichtungen an Betreiber von EEG-Anlagen auf insgesamt 650 Milliarden Euro. 650 Milliarden Euro, die bis 2040 für das EEG aufgebracht werden müssen.

Und es ist nach wie vor so, dass wir nicht nur bei den Erneuerbaren Energien, sondern auch bei Speichern und Netzen noch bessere Wege finden müssen. Bessere Wege, Innovation zu fördern und nicht nur Installation.

Wir werden den Energieminister gleich selbst dazu hören. Ich freue mich, den Bundesminister für Wirtschaft und Energie bei uns begrüßen zu können.

Sigmar, schön, dass Du da bist!

Du wirst nicht nur zurückschauen, Du wirst sicher auch über das sprechen, was noch vor uns liegt. Und wir wissen, da gibt es eine Menge zu tun. Damit die Energiewende wirklich ein Erfolg wird, muss ihre regulatorische Gestaltung einen Anreiz für Investitionen in Innovationen schaffen.

Und damit die Energiewende akzeptiert bleibt, von Bürgern, Arbeitnehmern und Unternehmen, muss das in sozialer Balance geschehen.

Auch deshalb freut es mich, heute den Vorstandsvorsitzenden und Arbeitsdirektor der Aurubis AG, Herrn Jürgen Schachler, hier begrüßen zu können.

Sie werden nach Sigmar Gabriel für den Steuerungskreis des Innovationsforums darüber sprechen, wie Ihr Unternehmen und viele andere hier mit Energie umgehen und die Zukunft sichern.

Anrede

Im Rahmen des ersten Panels werden viele sachkundige Menschen mit uns diskutieren

Ich freue mich, Sie alle hier begrüßen zu können.

Und insbesondere Herrn Klaus Schäfer, Vorstandsvorsitzender der Uniper SE. Herr Schäfer gehört unserem Steuerungskreis an.

Im ersten Panel geht es auch um die Speichertechnologie Power-to-X. Dabei sollen Verfahren geschaffen werden, um chemische Grundstoffe, gasförmige Energieträger und Kraftstoffe mittels Überschussstrom zu erzeugen. Neben der Entlastung der Stromnetze würden dann auch nachhaltige Prozesse zur Herstellung von stofflichen Ressourcen zur Verfügung stehen, die einen großen Teil der fossilen Rohstoffe ersetzen können.

Das ist jedenfalls die Erwartungshaltung des Bundesforschungsministeriums.

Schon heute ist eine große Nachfrage nach „Überschussstrom“ für Sektorenkopplung wie Power to Heat und zukünftig in großem Stil für Power to X zu erwarten.

Und ich bin gespannt, zu welchen Preisen dieser „Überschussstrom“ zur Verfügung stehen wird, um auch ökonomisch sinnvolle Prozesse entwickeln zu können.

Eine vollkommen neue Wertschöpfungskette mit CO₂ als Ausgangsstoff zur Synthese energiereicher Chemikalien – das ist allemal ein Aufbruch zu neuen naturwissenschaftlichen Grenzen, eine Dimension von Innovation, die unsere Energiewende vorantreiben könnte.

So können eines Tages die Speichermedien entstehen, mit denen unsere Versorgung zum überwiegenden Teil aus erneuerbaren Energieträgern von einer Zielvorstellung zur Wirklichkeit werden kann.

Und damit es nicht bei schönen Visionen bleibt, müssen wir heute etwas dafür tun, statt das Speicher-Thema auf die lange Bank zu schieben.

Im Innovationsforum haben wir dementsprechend gehandelt.

„Gemeinsam fürs Ganze – Vorrang für Speicher und Netze“ – unter diesem Motto hat das Innovationsforum Energiewende in diesem Jahr seine Informationskampagne durchgeführt.

Dabei geht es uns konkret um den Ausbau von erneuerbaren Energien im Zusammenspiel mit Netzen und Speichern und fossilen Back-Up-Kapazitäten. Dahinter steht die größere Frage nach einer Strategie für die Energiewende: Gemeinsam fürs Ganze – oder: Jeder gegen jeden? Wir im If.E haben uns da klar entschieden:

Wir werden auf jeden Fall unter unserem Motto „Gemeinsam fürs Ganze“ weiterarbeiten.

Denn uns geht es:

1. Um die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure über die klassischen Branchengrenzen hinweg.
2. Um die Kooperation von Gewerkschaft, Vorständen und Betriebsräten in unserem Innovationsforum.
3. Um das Verständnis der Energiewende als ein gesellschaftliches Gemeinschaftswerk.
4. Um den Einsatz für den Erhalt integrierter Wertschöpfungsketten.

„Gemeinsam fürs Ganze“ – dieses Motto soll auch auf dem heutigen Innovationskongress ins Auge fallen.

Sie haben vermutlich schon die Banner gesehen, aber ganz sicher auch die Zeitungsanzeigen. Sie sind herzlich eingeladen, alle Anzeigen, Motive und Ansprechpartner am If.E-Stand im Vorraum kennen zu lernen.

Anrede,

das Motto „Gemeinsam fürs Ganze“ wird auch von den heutigen Diskussionsbeiträgen aufgegriffen.

Nach dem Innovationsbedarf bei Speichern und Netzen wird es auf einem zweiten Panel um den Innovationsbedarf einer Politik für Energiewende, industrielle Standortperspektiven und Klimaschutz gehen.

Politische Innovation, was meinen wir damit?

Wir wissen, dass Innovationen von Menschen gemacht werden. Deren Arbeitsbedingungen und deren Mitgestaltungsmöglichkeiten sind immer schon ein wichtiges Thema im Innovationsforum gewesen. Dies gehört eben auch als soziale Dimension zur Energiewende, die außerhalb des Innovationsforums gerne vergessen wird. Außerhalb der Werkstore ist, wenn es um Energiewende geht, von „sozial“ meist nur zusammen mit „Akzeptanz“ die Rede.

Dann geht es zum Beispiel darum, dass die Menschen Windräder vor ihren Wohnorten akzeptieren müssen, damit sie in einem demokratischen System gebaut werden können. Akzeptanz soll dann über Partizipation und Beteiligung „hergestellt“ werden, bis hin zur finanziellen Beteiligung an Genossenschaften.

Es gibt aber auch soziale Innovationen, gesellschaftlichen Reformbedarf, der über solche Sozialtechniken hinausgeht.

Wir wissen, dass rund 8 Millionen Menschen an der garantierten Vergütung von 1,5 Millionen EEG-Anlagen verdienen. 8 Millionen verdienen, aber 74 Millionen Menschen zahlen dafür. Das ist so eine Schieflage, die der Reform bedarf.

Gemessen am Primärenergiebedarf und am Ziel der Dekarbonisierung fehlen noch 87 % Erneuerbarer Energien. Diesen zusätzlichen Anteil an Erneuerbaren Energien werden wir nur mit Hilfe von Innovationen finanzieren können, die über ein EEG und ein Wärme-EEG weit hinausgehen.

Wir brauchen ein innovatives Finanzierungskonzept für die Subvention der erneuerbaren Energien, das eine stumpfe Umlage durch eine sozial gerechtere Verteilung ersetzt:

Eine Haushaltsfinanzierung über Steuern ließe starke Schultern mehr tragen und schwache weniger.

Wir brauchen auch ökonomische Innovation auf dem Strommarkt.

Dazu müssen die richtigen Fragen gestellt und beantwortet werden:

- Wie wird "überschüssiger" Windstrom so billig, dass sich Elektrolyse und Power to X jemals lohnen werden?
- Wie entwickeln wir den Strommarkt zu dem Leistungsmarkt, der er in der Energiewende wieder werden muss?

Und dann die große soziale Frage: Welche Lebensweisen wollen wir für die Energiewende aufgeben und verändern, und welche nicht?

Oder eine Nummer kleiner gefragt: Ist die Vorstellung von gestern oder von morgen, dass Arbeitnehmer sich auch in Zukunft noch ein Auto leisten können?

Wie viele und welche Menschen werden bereit sein, das Öffnen und Schließen ihrer Fenster und Vorhänge den Algorithmen ihres Smart Home zu überlassen?

Dass sind Fragen und Themen, mit denen die Politik sich im Kleinen wie im Großen sehr gründlich beschäftigen muss, weil viele alte Antworten heute nicht mehr reichen.

Das Bundeskabinett wird sich noch mit dem Klimaschutzplan 2050 befassen.

Ich freue mich, dass dort inzwischen einiges von dem aufgegriffen wird, was wir im Innovationsforum oft diskutiert haben. Klimaschutz unter Beibehaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft mit funktionierenden Innovationen und geschlossenen Wertschöpfungsketten – das steht so in der Präambel zum Klimaschutzplan.

Aber auch dieser Satz hat nur einen Ausgangspunkt, nämlich Klimaschutz.

Doch wer wesentliche Entwicklungspfade über mehr als drei Jahrzehnte für Deutschland beschreibt, der kann sich dabei nicht allein von einem Ziel leiten lassen.

Es ist offenkundig in Mode gekommen, konfliktreiche politische Themen an Kommissionen zu übergeben. Das verschiebt die nötige politische Debatte aus meiner Sicht unzulässig von „Gewählten“ auf „Ausgewählte“.

Deswegen lehnt die IG BCE auch die Einrichtung einer sogenannten „Kommission zur Vollendung der Energiewende“ allein aus der Logik des Klimaschutzplans ab.

Ich verstehe auch nicht, warum beinahe monatlich irgendwelche Kommissionen gefordert werden. Kommissionen, in denen es hinter wohlklingenden Namen immer wieder um Braunkohleausstieg gehen soll.

Die Braunkohle leistet ihren Beitrag zu den Klimazielen bis 2020 mit der zusätzlichen Einsparung von 12,5 Mio. Tonnen CO₂. Das ist gerade erst, nämlich seit diesem Sommer mit der Überführung von acht Kraftwerksblöcken und 2.700 Megawatt in die Sicherheitsbereitschaft gesetzlich geregelt.

Und dann, dieser Hinweis sei mir gestattet, die Hybris einer Kommission, die sich zutrauen wollte, die Energiewende zu vollenden!

Schon 2011 hat die Ethikkommission ein parlamentarisch verankertes Monitoring der Energiewende gefordert.

Heute könnte eine solche Überprüfung auf dem inzwischen etablierten Monitoring-Bericht des BMWi aufbauen und sich dabei eine unabhängige Kommission renommierter Energieexperten stützen.

Zusätzlich halten wir es für erforderlich, dass die Belastungssituation sozialer Gruppen in der Energiewende in dieses Monitoring einbezogen wird.

Wir brauchen für eine bessere Klimapolitik:

- ein Monitoring der tatsächlichen Umsetzung der angekündigten „national festgelegten Klimaschutzbeiträge“ zu den Zielen der COP 21, besonders der Staaten wichtiger Wettbewerbsregionen der deutschen Wirtschaft
- eine dauernde Rückkopplung seiner Ergebnisse mit der Umsetzung der europäischen und deutschen Ziele
- funktionierende internationale Kooperation bei der Minderung der Treibhausgas-Emissionen, und insbesondere eine Globalisierung des Emissionshandels.

In das Monitoring der Energiewende müsste allerdings auch die Frage einbezogen sein, wie man zu sozial gerechten Finanzierungskonzepten für die geplante Umsteuerung zu einem treibhausgasneutralen Deutschland kommt. Denn Klimaschutz allein bewirkt keineswegs – quasi als automatische Restgröße – mehr Lebenschancen für die große Mehrheit der Bevölkerung.

Weder ein selbstverständlicher Innovationsschub, verbunden mit Wettbewerbsvorteilen, neuen Arbeitsplätzen und zusätzlichem Wohlstand, noch soziale Gerechtigkeit ist die logische Folge.

Im Gegenteil.

Die bisherigen, auch klimapolitisch begründeten Folgen der Energiepolitik als dem großem Modernisierungsprojekt Deutschlands sind keineswegs immer vorteilhaft, sondern erkennbar auch schädlich.

Vor diesem Hintergrund stellt sich eine doppelte Aufgabe:

- Zum einen die Notwendigkeit, einen nationalen Plan zu erarbeiten, wie die Energiewende bis 2050 zu einem erfolgreichen deutschen Beitrag zu dem auf der

COP 21 in Paris verabredeten Ziel werden kann, die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten zu halten.

Daran wird gearbeitet.

- Zum anderen die Notwendigkeit, den Plan für die Energiewende bis 2050 in eine soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeitsstrategie zu integrieren.

Daran mangelt es.

Zielkonflikte zwischen den drei Dimensionen von Nachhaltigkeit müssen aber als vornehmste und zentrale Aufgabe verantwortlicher Politik offen benannt, gesellschaftlich debattiert und gemeinwohlorientiert entschieden werden. Zum Beispiel zwischen dem CCS-Verhinderungs-Gesetz von 2012 und den auf CCS angewiesenen Pariser Klimazielen von 2015 samt den deutschen Beiträgen dazu.

Dann muss bei der weiteren Gestaltung der Energiewende genau das passieren, was auch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel gefordert hat:

Klimaziele müssen den gleichen Stellenwert erhalten wie Industrieziele, wie etwa den Industrieanteil in Europa bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen. Das gilt ebenso für den Zeitraum über 2020 hinaus.

Indikatoren für solche Ziele in Deutschland könnten zum Beispiel sein:

- die Entwicklung der Beschäftigung,
- Gute Arbeit,
- die Nettoinvestitionsquote,
- das Anlagevermögen,
- industrielle Innovation

Ziele und Maßnahmen der Energiewende müssen in ihren Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung quantifiziert werden. In der Energiewirtschaft dürfen Maßnahmen der Bundesregierung den Arbeitsplatzabbau nicht weiter beschleunigen. Sie dürfen den Energieversorgungsunternehmen keine weiteren, ihre Existenz gefährdenden Zusatzlasten aufbürden. Die Versorgungssicherheit für Industrie und Verbraucher muss auf dem derzeitigen hohen Niveau erhalten bleiben sowie wettbewerbsfähige Energiekosten gesichert

werden.

Und noch etwas ist mir wichtig, wenn es um ein seriöses, langfristiges Konzept für die Energiewende gehen soll: Eine Jahreszahl für einen „Kohle-Ausstieg“ in die Welt zu setzen, wie es die Grünen wollen, ist einfach und durchsichtig. Ausgerechnet Ausstiege sollen die Modernisierung unseres Industrielandes voranbringen. Von daher halten wir eine ständige Diskussion über die Zahl für kontraproduktiv! Wir wissen: Es ist schon eine enorme Herausforderung, allein den Rückgang der Kohleverstromung mit Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit vereinbar zu machen.

Wir brauchen dazu

- neuartige Speicherlösungen wie Power-to-X,
- Übertragungs - und Verteilnetze,
- Kapazitätsanreize für gesicherte Leistung bei trüber Flaute.

Unser Fazit lautet deshalb:

Politik zu gestalten heißt in fast allen Fällen, verschiedene akzeptable Optionen aufzuzeigen und bei Bedarf auch einsetzen zu können. Solche Möglichkeiten müsste ein Aktionsplan Energiewende beschreiben und priorisieren.

Was ist, wenn Speicher und Netzausbau nicht oder nicht rechtzeitig so funktionieren wie heute angedacht? Welche Wechselwirkungen zwischen deutscher Stromerzeugung und dem EU-Binnenmarkt für Strom müssen während der Energiewende berücksichtigt werden?

Wenn langfristig auch in Frankreich Wind und Sonne die Kernkraft ersetzen sollen, wenn das gar der Entwicklungspfad für die europäische Energiepolitik insgesamt ist - wo bleibt dann ein Speicherplan für die EU?

Wo sollen die Speicher sein, und bis wann werden sie mit welchen Stromleitungen in welche Länder verbunden werden?

Ein Aktionsplan Energiewende muss solche „Points of no Return“ klar benennen, die nicht überschritten werden dürfen, bevor jeweils die Voraussetzungen für Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz gleichermaßen erfüllt sind.

Wir stehen im besten Fall am Anfang eines Prozesses zur Zielbestimmung und Pfadbeschreibung unter Einbeziehung der betroffenen Sektoren, ihrer Unternehmen und ihrer Beschäftigten mit ihren Betriebsräten.

Wir wollen gemeinsam sozial- und wirtschaftsverträgliche Pfade beschreiben, die eine Einhaltung der nationalen und europäischen Klimaziele unter Beibehaltung unseres Wohlstandsniveaus ermöglichen.

Wir wollen einen ausgewogenen Instrumenten- Mix finden, der wirtschaftliche Entwicklung, Sozialverträglichkeit und Klimaschutz zusammenbringt.

Wir brauchen den Dialog mit der Politik. Wir brauchen dazu keine neue Kommission. Und deswegen freue ich mich jetzt darauf, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Energie seine weitere politische Planung für die Energiewende vorstellen wird.